

Grünes Bündnis
Stadt Bern
Postfach 6411
Neubrückestrasse 17
3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
Fax 031 302 88 78
info@gbbern.ch
www.gbbern.ch
PC 30-37923-6



gb.links

- Grüne Arbeitsplätze schaffen!
- «Bern verdient eine grün-soziale Politik»
- STABE: Aus Fehlern lernen



In der aktuellen Wirtschaftskrise werden mehr Leute auf die Strasse gestellt.

Die vom Grünen Bündnis organisierte Veranstaltungsreihe «Sozialhilfe unter Druck» ist auf reges Interesse gestossen. Offensichtlich besteht nach der undifferenzierten Missbrauchspolemik Bedarf nach einer vertieften, kritischen und solidarischen Debatte zur Sozialhilfe.

Die Sozialhilfe steht unter Druck. Aufgrund der Wirtschaftskrise wird die Arbeitslosenquote in der Schweiz 2010 auf über 5% ansteigen. Eine schlechte Beschäftigungslage schlägt sich rasch in der Sozialhilfe nieder, da die Zahl der Neuzugänge ansteigt und die Ablösungen in den Arbeitsmarkt abnehmen.

Kostenverlagerungen vom Bund
Ungemach droht der Sozialhilfe nicht nur aus konjunkturellen, sondern auch aus politischen Gründen. So hat eine Studie der

Die Veranstaltungsreihe «Sozialhilfe unter Druck» stiess auf reges Interesse

Kritische, aber solidarische Debatte

Sozialdirektorenkonferenz jüngst errechnet, dass die geplante Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zu einem längerfristigen Anstieg der Sozialhilfekosten von 4% bis 5% führen würde; bis zu 45% der bei der Arbeitslosenversicherung eingesparten Kosten würden zur Sozialhilfe verlagert. Zudem droht im Kanton Bern aufgrund der Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich eine Entsolidarisierung bei der Finanzierung der Sozialhilfe.

Vor diesem Hintergrund hat das Grüne Bündnis gemeinsam mit der Gewerkschaft vpod, dem Berufsverband AvenirSocial und der Interkonnektionalen Arbeitsgruppe Sozialhilfe IKAS eine dreiteilige Veranstaltungsreihe zur Sozialhilfe organisiert. Der Zyklus stiess auf reges Interesse. Insgesamt nahmen über 200 Personen an den Veranstaltungen teil. Nach der zumeist undifferenzierten Debatte um Missbrauch in der Sozialhilfe besteht offensichtlich ein grosses Bedürfnis nach einer vertieften,

kritischen und solidarischen Diskussion über das Selbstverständnis und die Rolle der Sozialhilfe.

Plädoyer für mehr Engagement

An der ersten Veranstaltung kam der Wandel der Identitäten und Rollen von Sozialarbeitenden in den letzten Jahrzehnten zur Sprache. Eduard Martin, Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit, plädierte dafür, dass sich SozialarbeiterInnen in den öffentlichen Diskurs einmischen sollten, um ein diskursives Gegengewicht zu den Angriffen auf die Sozialhilfe herzustellen. An der zweiten Veranstaltung stand das Zusammenspiel von Sozialversicherungen und Sozialhilfe zur Diskussion. Nach einem eindrücklichen Einleitungsreferat des Soziologen Ueli Mäder präsentierte Colette Nova vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund die aktuellen Revisionsvorschläge bei den Sozialversicherungen. Sie zeigte auf, wie Sparmassnahmen bei den vorgelegerten sozialen Netzen (ALV, IV) Kosten-

verlagerungen zur Sozialhilfe zur Folge haben.

Gegen Selbstbehalte in der Sozialhilfe

An der dritten Veranstaltung referierte der stellvertretende Vorsteher des kantonalen Sozialamts, André Gattlen, über die Modelle zur Reform des Lastenausgleichs in der Sozialhilfe. Als besonders problematisch erweisen sich dabei jene Modelle, welche die Einführung eines Selbstbehaltes für die Gemeinden vorsehen. Gemeinden erhielten dadurch den Anreiz, ihre Kosten um jeden Preis zu senken, was zu Abschiebungen von Personen mit Anspruch auf Sozialhilfe führen könnte. Zum Schluss der Veranstaltungsreihe wurde eine Resolution verabschiedet. Diese fordert einen rechtssicheren und rechtsgleichen Zugang zu Sozialdiensten und erteilt der Einführung von Selbsthalten in der individuellen Sozialhilfe eine deutliche Absage.

Blaise Kropf, GB-Grossrat und Gewerkschaftssekretär vpod

AZB 3000 Bern 1
Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- So, 13. Dezember, Mappamondo Bern. **Dritte Landsgemeinde der MigrantInnen und Flüchtlinge.** Infos auf www.sosf.ch
- Sa, 30. Januar, 13.30–16.30 Uhr, Aki Bern. **Begleiten und Schützen als MenschenrechtsbeobachterIn.** Informationsveranstaltung von Peace Watch und Peace Brigades. Mehr Infos auf www.peacebrigades.ch

VORANKÜNDIGUNG

- Di, 23. Februar, 19 Uhr, Käfigturm Bern. **Green New Deal in Bern? Grüne Arbeitsplätze schaffen!** Was sind «grüne» Arbeitsplätze und in welchen Branchen gibt es sie bereits heute? In welchen Bereichen können in Bern grüne Arbeitsplätze geschaffen werden? Was fördert oder hemmt die Schaffung von neuen grünen Arbeitsplätzen? Welche Rahmenbedingungen der Berner Politik sind notwendig? Mehr Infos folgen auf www.gbbern.ch



Talon

Name: _____
Vorname: _____
Adresse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
e-mail: _____

Ich werde **Mitglied** beim **Grünen Bündnis**. Bitte schick mir weitere Unterlagen.

Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

gb.tipp



«Nehmen Sie es wie ein Mann, Madame!»

Auf den Kopf gestellte Geschlechterrollen offenbaren ihre Absurdität

Öffentlicher **Filmabend**, organisiert von der **AG Frauenpolitik des Grünen Bündnis**
Einführung von **Brigitte Schnegg**, promovierte Historikerin, Leiterin des Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung der Uni Bern

Mitte der 70er Jahre zeigte sich eine Generation von Filmemacherinnen, die sich auch vom Blick des männlichen Publikums emanzipierte. Nicht mehr der Kampf der Geschlechter stand im Mittelpunkt der Frauenfilme, sondern Frauen selber vor und hinter der Kamera: Eine Männern oft schwer verständliche, bewusst weibliche Perspektive. «Nehmen Sie es wie ein Mann, Madame!» zeigt eine Hausfrau, die eine Arbeit annimmt, als die erwachsenen Kinder das Haus verlassen. Dort sieht sie, wie Frauen im Betrieb behandelt werden und nimmt an einem Streik teil. In der Nacht träumt sie von einer Welt, in der die Geschlechterrollen vertauscht sind, wobei groteske Situationen entstehen. Der Blick darauf ist auch heute noch vergnüglich und erhellend.

Freitag, 8. Januar, 19 Uhr (Bar), 20 Uhr (Film), Lichtspiel, Bahnstrasse 21, Bern

gb.bewegt

Frauenpolitik
Kontakt: Angela Mattli,
angela-mattli@gmx.ch
Ökologie
Montag, 11. Januar, 19 Uhr,
GB-Sekretariat

Internationales und Migration
Kontakt: Ron Ganzfried,
ron.ganzfried@gmail.com
Bildung (kantonale AG)
Montag, 14. Dezember, 18 Uhr,
Sekretariat Grüne Schweiz

Wirtschaft (kantonale AG)
Dienstag, 12. Januar, 20 Uhr,
Sekretariat Grüne Schweiz,
Waisenhausplatz 21
Kontakt: Thomas Bauer,
tomba@students.unibe.ch

Nationale Politik
Kontakt: Hasim Sancar,
sancars@bluewin.ch
Leitender Ausschuss
Mittwoch, 13. Januar, 20 Uhr,
GB-Sekretariat

Impressum
Redaktionsschluss gb.links
1/2010: 21. Januar.
Redaktion: Karin Jenni,
Natalie Imboden.
Satz und Druck: Genossenschaft
Widerdruck, Bern. Lithos:
Genossenschaft Graphix, Bern.

Grüne Arbeitsplätze schaffen!



Das GB will den Green New Deal auf kommunaler Ebene anpacken und damit neue grüne Arbeitsplätze schaffen.

In der Stadt und Region Bern sind beträchtliche Potenziale zur verstärkten Nutzung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz vorhanden. Die Realisierung der Potenziale bringt 200 neue Arbeitsplätze und stärkt den Wettbewerbsvorteil der Region Bern langfristig, wie eine jüngst veröffentlichte Studie zeigt.*

In einem Postulat hat das GB im September 2007 den Gemeinderat aufgefordert, das Potenzial einer Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz für die Berner Wirtschaft abzuschätzen. Die Firma Infras wurde vom Gemeinderat beauftragt, eine Antwort zum Thema zu verfassen. Die nun vorliegende Studie stärkt uns Grünen den Rücken und zeigt, dass wir mit der Forderung nach einem Green New Deal genau richtig liegen. Die Studie beantwortet drei zentrale Fragen:

1. Welche Potenziale zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien und von Energieeffizienz sind in der Region Bern vorhanden?

Die Potenziale auf der Seite der Energieeffizienz sind deutlich grösser als bei der Förderung erneuerbarer Energien. Die grössten Chancen bieten die Sanierung von Gebäuden sowie die verstärkte Nutzung der Sonnenenergie zur Stromproduktion und der Erzeugung von Warmwasser. Insgesamt hat die Stadt Bern ein Energiesparpotenzial von 1200 GWh/a und die Region Bern 2600 GWh/a (zum Vergleich: Das Kernkraftwerk Gösgen produziert pro Jahr rund 6000 GWh Elektrizität).

2. Welche Auswirkungen hat die Realisierung der Potenziale auf Beschäftigung, Arbeitsplätze und technologische Innovation in der Region Bern?

Für die Umsetzung der Potenziale braucht es in der Stadt Bern rund 10 Mio. Franken und in der Region rund 20 Mio. pro Jahr. Nimmt man an, dass sich der Energiepreis bis 2050 verdoppelt, kann die Stadt Bern durch die Energieeinsparungen und die Energie aus den erneuerbaren Quellen jedoch 5 Mio., die Region Bern 10 Mio. pro Jahr sparen. Durch die ausgelösten Investitionen werden 100 neue Arbeitsplätze in der Stadt Bern und 200 in der Region Bern geschaffen. Es profitieren vor allem das Baugewerbe sowie Lieferanten von Haustechnik-Systemen und gebäudeorientierte Dienstleistungsbranchen. Schliesslich kann sich die Region Bern durch die starke Förderung der erneuerbaren Energien einen Wettbewerbsvorteil verschaffen: Der Markt der Unternehmen

im Bereich der erneuerbaren Energien wird an Bedeutung gewinnen, die Nachfrage nach diesen Produkten wird sich deutlich steigern. Die verstärkte Ausrichtung der Wirtschaft der Region Bern auf erneuerbare Energien wird somit zu einem strategischen Erfolgsfaktor.

3. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Bern, energetische Potenziale zu fördern und die Akteure zu unterstützen?

Dem raschen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz stehen verschiedene Hindernisse entgegen. Die Stadt Bern hat aber viele Möglichkeiten, einen Beitrag zur Überwindung dieser Hindernisse zu leisten: Durch die konsequente Ausübung der Vorbildfunktion beim Neubau und der Sanierung von städtischen Liegenschaften, durch die Lancierung und Förderung von Schaufensterprojekten (z.B. Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Verfassung, Förderung von Solar- und Photovoltaikanlagen...), aber auch durch finanzielle Anreize, durch eine verstärkte Information und Kommunikation, sowie durch die Förderung der Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft.

Das GB setzt sich dafür ein, dass die Studie nicht in den Schubladen des Gemeinderats verschwindet. Es braucht personelle und finanzielle Mittel zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung von erneuerbaren Energien. Packen wir den Green New Deal auf kommunaler Ebene an! Franziska Grossenbacher, Mitglied der AG Ökologie

* www.gbbern.ch/gbpositionen/studien



STABE: Aus Fehlern lernen

Rund um die Kostenexplosion beim Bärenpark zeigen sich die Schwachstellen des ausgelagerten Betriebs Stadtbauten STABE. War zu Beginn von einer privaten Finanzierung des Bärenparks die Rede, so müssen am Schluss die SteuerzahlerInnen die Zeche für eine verfehlte Planung bezahlen. Alle schieben sich gegenseitig den schwarzen Peter zu. Die Frage der Verantwortlichkeit muss noch geklärt werden.

Dabei gehört STABE zu 100% der Stadt und verwaltet 1649 Objekte vom Schulhaus, zum Denkmal, zur Sportanlage. Es geht um einen Wert von 1,6 Milliarden Franken. STABE verwaltet und unterhält diese Objekte und die Stadt zahlt dafür Miete. So wird für jedes Denkmal und jeden Brunnen Miete berechnet. Absurd? Eigentlich ja. Für die Auslagerung von STABE sprach, dass so – aufgrund anderer Abschreibungssätze – jährlich rund 20 Mio. gespart werden konnten. Das GB war damals im Jahr 2002 keineswegs Feuer und Flamme für diese Auslagerung. Inzwischen scheinen sich die Befürchtungen zu bewahrheiten: Aufgrund von Managementfehlern werden Gelder verlost. Die Kontrollmechanismen haben versagt. Dazu kommen unklare Verantwortlichkeiten. Das GB fordert daher den Rücktritt des CEO und des gesamten Verwaltungsrats. Um ähnliches zu verhindern, sollen die Stadtbauten in die Stadtverwaltung zurückgeführt werden. Das bringt klare politische Verantwortlichkeiten. Und anstelle eines hoch bezahlten CEO wäre der Stadt mit einer Stadtbaumeisterin als Fachperson mehr gedient.

Natalie Imboden, GB-Stadträtin

gb.buchtipps

«MEGA Buster. Kriegsgebiet Kinderzimmer.

Eine Intervention zu Gewalt, Gesellschaft und Entwaffnung»

Verlag Edition Fink, Zürich 2009

Gewalt und Krieg werden zunehmend ästhetisiert und als Konsumware vermarktet. Ihre Spektakularisierung in Medien, Literatur, Filmen und Computerspielen ist allgegenwärtig. Entsprechend hat sich in den vergangenen Jahren auch die Qualität von Gewalt- und Kriegsspielzeug verändert. Doch in der Diskussion um Kinder- und Jugendgewalt geht oft vergessen, dass Gewalt kein isoliertes Phänomen ist, sondern in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang steht. Woher kommt dieses gesellschaftliche Bedürfnis nach Gewalt? Ist der Konsum von Gewalt ein Kulturgut? Besteht Handlungsbedarf?

Das Buch dokumentiert einerseits die Kriegsspielzeug-Entwaffnungsaktion des Künstlerduos Interpixel in Bild und Wort. Andererseits vertiefen darin mehrere AutorInnen in interdisziplinären wissenschaftlichen Beiträgen das Thema und beleuchten insbesondere auch den Umgang mit den so genannten Killer-Games.

gb.kampagnen

Verschiedene NGOs (Sans-Papiers-Beratungsstellen Basel, Bern, Zürich, Sans-Papiers-Kollektiv Genf, tdh schweiz, HEKS, Unia, vpod) haben im Frühjahr 2008 den Verein «Für die Rechte illegalisierter Kinder» gegründet. Mit der Kampagne «Kein Kind ist illegal» soll die Situation illegalisierter Kinder verbessert werden. «Kein Kind ist illegal» fordert:

- Die umfassende Umsetzung des Rechts auf Bildung, von der vorschulischen Bildung bis zur Ausbildung an einer Mittelschule und dem Absolvieren einer Lehre
- Den sofortigen Stopp der Ausschaffungshaft für Minderjährige
- Vereinfachte Regularisierungsmöglichkeiten für Kinder und ihre Familien
- Die Respektierung der UN-Kinderrechtskonvention durch die Schweizer Behörden auch gegenüber Kindern ohne geregelten Aufenthaltsstatus

Im Rahmen einer zweijährigen Kampagne wird ein breites Netzwerk aufgebaut, mit Öffentlichkeitsarbeit das Thema enttabuisiert und Lobbyarbeit geleistet.

Mehr Infos auf www.keinkindistillegal.ch

Grüne Köpfe: Sabine Baumgartner, GB-Sekretärin in spe

«Bern verdient eine grün-soziale Politik»



Am 1. Februar 2010 übernimmt Sabine Baumgartner das GB-Sekretariat. Sie tritt damit die Nachfolge von Karin Jenni an, welche das Sekretariat nach drei intensiven GB-Jahren verlässt. Zeit also, Karin für ihr langjähriges Engagement zu danken. Zeit aber auch, Sabine in der hektischen GB-Schaltzentrale willkommen zu heissen. Die engagierte Stadtbernerin ist mit den hiesigen politischen Gegebenheiten bestens vertraut. Als ehemalige Journalistin beim Bund und Redaktorin bei TeleBärn ist sie es gewohnt, genauer hinzuschauen. Das Grüne Bündnis kennt sie bis jetzt vor allem aus der medialen Aussenwarte – dies wird sich nun gründlich ändern.

Was ist Deine Hauptmotivation, Dich als politische Sekretärin beim Grünen Bündnis zu engagieren?

Mit seinen rot-grünen Politikinhalt spielt das GB eine wichtige Rolle auf der Bühne Bern, mit der ich mich identifizieren kann. Denn das Eine geht nicht ohne das Andere: Nachhaltigkeit im ökologischen Sinne gründet im Solidaritätsgedanken. Eine Politik des reduzierten Verbrauchs

zum Wohle der Gemeinschaft hilft nicht nur, gegen den Klimawandel vorzugehen, sondern auch die globale soziale Ungerechtigkeit zu beheben. Deshalb freue ich mich darauf, mich für die Visionen des GB zu engagieren und diese auf lokaler Ebene zu realisieren. Denn: Die Stadt Bern verdient eine grün-soziale Politik.

Du hast Medienwissenschaften studiert und als Journalistin gearbeitet. Wie möchtest Du diese Erfahrungen beim GB einbringen?

Ich erachte es heutzutage als absolut notwendig, als Interessensvertreter die Funktionsweisen der Medienwelt zu begreifen. Mit dem Verlust der Parteizeitungen gilt es, mit einer intelligenten Informationspolitik auf die Medien zuzugehen und sich nicht von ihnen instrumentalisieren zu lassen; sie müssen – obwohl die mediale Landschaft in Bern einer grünsozialen Politik nicht unbedingt günstig gesinnt ist – nicht als Feinde sondern als Mittel zum Zweck betrachtet werden.

Wo siehst Du in der städtischen Politik Handlungsbedarf?

Mir ist es wichtig, die Qualität der Bildung zu erhalten, nicht zuletzt damit die Schule ihre Integrationsaufgabe wahrnehmen kann. Ebenso erachte ich die Förderung der externen Kinderbetreuung – eine Erfahrung, die ich selber als Kind machen durfte – als notwendig, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen und die Gleichstellung der Geschlechter zu verbessern. Ich finde es nötig, dass eine tragfähige Sozial- und Drogenpolitik betrieben

wird, welche das Zusammenleben der Gesellschaft verbessert, ohne Personengruppen zu diskriminieren oder auszugrenzen. Auch die Aufwertung der Quartiere und eine ökologische Verkehrs- und Energiepolitik liegen mir am Herzen.

Du bist Gründungsmitglied der Alternativliga «Meitschi United». Welche Erfahrungen hast Du dabei gemacht?

Meitschi United entsprang dem Wunsch, jenseits der zum Teil etwas verbissenen Clubmentalität und der männerdominierten Plauschmannschaften Fussball zu spielen – einfach um Spass zu haben. Mir hat die Organisation dieser ersten «Alternativliga-Frauschaft» enorme Freude bereitet; von der Motivation interessierter Frauen, über die fast aussichtslos anmutende Suche nach einem Trainingsplatz bis zur Koordination der Teamaktivitäten. Spätestens als wir alle zum ersten Mal im Schnee spielten, wussten wir, dass uns das Fussballfieber gepackt hat.

Drei politische Wünsche?

Ich wünsche mir, dass die momentane Wirtschaftskrise zu einem breiten Umdenken, zu einem Infragestellen festgefahrener Werte und Ziele und Offenheit gegenüber neuen Ideen des Zusammenlebens führt. Ich wünsche mir, dass sich die Menschen wieder vermehrt verantwortlich für sich und für andere fühlen. Ich wünsche mir Respekt und Toleranz zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Andersdenkenden.

Interview: Angela Mattli